

Bezahlbare Wohnungen:

Nach wie vor lehnen wir alle Maßnahmen ab, die das Wohnen, das Bauen oder die Mieten in Karlsruhe weiter verteuern werden. Ständig beklagen wir das Fehlen von Wohnungen und vor allem von ausreichend bezahlbarem Wohnraum in Karlsruhe. Und trotzdem werden durch den Doppelhaushalt 2017/18 insbesondere die Kosten für das Wohnen und Bauen in Karlsruhe erhöht, und zwar massiv: Allein durch die Erhöhung der Grundsteuer werden die Karlsruher Bürger in den nächsten fünf Jahren 34 Millionen Euro mehr für Ihre Wohnungen bezahlen müssen. Diese Steuer- und Gebührenerhöhungen schaden den Bemühungen um bezahlbaren Wohnraum und werden daher von uns nach wie vor abgelehnt.

DITIB-Großmoschee:

Bei der Diskussion um den Bau einer DITIB-Großmoschee in Karlsruhe geht es nicht um Religionsfreiheit, denn in Karlsruhe gibt es bereits mehr als 10 Moscheen, inklusive einer DITIB-Moschee. Es geht um den Bau eines überregional agierenden DITIB-Zentrums mitten in Karlsruhe, den wir entschieden ablehnen. Die Organisation DITIB wird durch die türkische Regierung kontrolliert und finanziert. Der Bau einer solchen Großmoschee stellt damit auch und vor allem eine Machtdemonstration des Erdogan-Regimes auf dem Gebiet eines fremden Staates dar und ist daher von allen demokratischen Kräften abzulehnen. Angesichts der menschenrechtsverachtenden und demokratiefeindlichen Vorgänge in der Türkei halten wir es derzeit für ausgeschlossen, dass ein von der türkischen Religionsbehörde verwalteter und mitfinanzierter Verein mitten in Karlsruhe eine Großmoschee baut.

Es widerspricht unserer Tradition von Aufklärung und Demokratie zuzulassen, dass hier unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit ein Machtsymbol des türkischen Regimes errichtet werden soll. Zur Erinnerung: ein Regime, das Kinder durch Comics dazu animiert, Märtyrer, also Selbstmordattentäter zu werden. Da sich DITIB ausdrücklich weigert, sich von dieser Hetzpropaganda zu distanzieren, und diese im Gegenteil sogar noch weiterverbreitet, fordern wir, dass Karlsruhe dem Beispiel der SPD-geführten Landesregierung von Nordrhein-Westfalen folgt und unverzüglich jegliche Zusammenarbeit mit DITIB beendet.

Ändern Sie nicht Ihre Meinung. Ändern Sie die Politik!



Alternative für Deutschland

Stadträte

Marc Bernhard

Dr. Paul Schmidt

Hebelstr. 13, 76133 Karlsruhe

Tel: 0721/133-1098

E-Mail: afd@gemeinderat.karlsruhe.de

Telefonisch erreichbar Mo – Fr von 8 bis 18 Uhr

Bitte Termine telefonisch vereinbaren.

www.afd-gemeinderat.de

AfD Gemeinderatsinfo

Informationen der AfD-Stadträte
im Karlsruher Gemeinderat



Marc Bernhard

Dr. Paul Schmidt

www.afd-gemeinderat.de



Liebe Karlsruherinnen, liebe Karlsruher,

auch dieses Jahr haben wir uns für Ihre Belange eingesetzt und waren im Gemeinderat aktiv. Mit Ideen und Initiativen haben wir Alternativen eingebracht und ein breites Themenspektrum abgedeckt. Doch lesen Sie selbst.

Herzliche Grüße

**Marc Bernhard & Dr. Paul Schmidt
– für Sie im Gemeinderat**

*Weitere Informationen finden Sie unter
www.afd-gemeinderat.de*

Kinderbetreuung:

Sehr viele Familien in Karlsruhe brauchen dringend einen Hortplatz und haben keinen. Dieser eklatante Mangel bringt sie in große Schwierigkeiten. Deshalb haben wir im Gemeinderat die Schaffung zusätzlicher Hortplätze beantragt, wurden aber von allen anderen Parteien überstimmt. Wir bleiben dennoch dabei: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf nicht mit der Einschulung der Kinder enden. Jedes Kind, das in Karlsruhe einen Hortplatz braucht, muss einen bekommen!

Sicherheit:

Im Bereich der öffentlichen Sicherheit gibt es erheblichen Handlungsbedarf: In 2013 stieg die Zahl der Einbrüche in Karlsruhe um +50%. Auf diesen extremen Anstieg folgte 2014 ein leichter Rückgang, aber auch die aktuelle Kriminalitätsstatistik für das Jahr 2015 ergibt einen Anstieg um 8% zum Vorjahr. Diese allgemeine Verschlechterung der Sicherheitslage in den letzten Jahren schlägt sich auch im Sicherheitsgefühl der Menschen in Karlsruhe nieder. So ergibt sich aus dem aktuellen Sicherheitsbericht der Stadt Karlsruhe aus 2015, dass sich 48% der Menschen in gewissen Bereichen ihres eigenen Wohngebiets nicht mehr sicher fühlen, also fast jeder Zweite. 2009 waren es nur 20%. 37% fühlen sich nachts unsicher in der Innenstadt (2009: 22%). 25% der Menschen fühlen sich bei Nacht selbst in Straßenbahnen und Bussen nicht sicher.

Dies bestätigt auch die „Urban Audit-Umfrage“ in der die Lebensqualität der Stadt Karlsruhe mit anderen deutschen und europäischen Großstädten verglichen wird. Diese kommt zum Ergebnis, dass sich 41% der Menschen in Karlsruhe nachts nicht sicher fühlen. Damit liegt Karlsruhe auf dem vorletzten Platz, was das Sicherheitsgefühl seiner Bürger betrifft, nur Mannheim ist schlechter. Die Ursache ist eindeutig – eine falsche Grün-Rote Politik, der als Antwort auf die Sorgen und Nöte der Menschen immer nur einfällt, dass man Ihnen doch sagen solle, es sei gar nicht so schlimm, wie die Menschen es empfinden.

Nachdem uns die Landesregierung mit diesem Problem alleine gelassen hat, müssen wir als Stadt die uns möglichen Maßnahmen ergreifen, um unsere Bürger besser zu schützen. Wir hatten daher im Rahmen der Haushaltsberatungen die Schaffung von weiteren 20 Stellen für den Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) beantragt, um so für mehr Polizeipräsenz hier in Karlsruhe zu sorgen und damit eine Verbesserung der Sicherheitslage und des Sicherheitsgefühls der Bürger zu erreichen, wurden aber von der links-grünen Gemeinderatsmehrheit überstimmt. Wir werden uns dennoch weiter für mehr Sicherheit in Karlsruhe einsetzen, denn es ist Kernaufgabe des Staates und der Stadt, die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten, und zwar zu jeder Tages- und Nachtzeit.

Soziales:

Im Sozialbereich macht uns neben der Flüchtlingskrise die EU-Erweiterung um Rumänien und Bulgarien zu schaffen. Die meisten wohnungslosen Familien, die die Stadt unterbringen muss, kommen aus Rumänien zu uns und stellen die Stadt durch ihre große Zahl vor schwere Herausforderungen. Eine weitere Aufgabe der Stadt ist die Betreuung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Diese müssen schulisch betreut werden, brauchen Sprachunterricht und müssen in speziellen Wohngemeinschaften untergebracht werden.

All diese Dinge kosten große Summen, die ganz oder teilweise aus dem städtischen Haushalt bezahlt werden müssen. Der Sozialbereich muss sich aber auch und vor allem um die rund 10% der Karlsruher Bürger kümmern, die auf Sozialhilfe angewiesen sind. Hier sind viele sogenannte freiwillige Leistungen unverzichtbar. Gerade diese wurden in den Verhandlungen zur Haushaltskonsolidierung stärker finanziell eingeschränkt als viele andere Bereiche. Das darf nicht sein.

Energie:

Was wir sehr kritisch sehen, sind die zahlreichen gesetzlichen Anforderungen zur sogenannten energetischen Sanierung der städtischen Gebäude. Anscheinend hat die Stadtverwaltung den Ehrgeiz, jede einzelne Regel als erste Stadt im Land Baden-Württemberg umzusetzen. Ist es wirklich nötig, hier noch über das vorgegebene Ziel hinauszuschießen und bei jedem Gebäude, das saniert wird, auch noch eine Photovoltaikanlage aufs Dach zu setzen? Wir sagen Nein, denn der finanzielle Nutzen öffentlicher Photovoltaikanlagen entsteht nur durch Mehrbelastung der Bürger mit höheren Strompreisen. Aus demselben Grund lehnen wir auch weitere Investitionen der Stadt in Windkraft ab.

Personal und Organisation:

Obwohl in den letzten Jahren einige Aufgaben outgesourct wurden, ist der Personalstand der Stadt jedes Jahr um mehr als 2% gewachsen. Das kann so nicht weitergehen. Wegfallende Aufgaben müssen zu organisatorischen Änderungen führen, sodass neue Aufgaben auch ohne die Einstellung zusätzlicher Mitarbeiter übernommen werden können. Zudem muss der Gemeinderat künftig genau prüfen, ob jede vorgeschlagene neue Verwaltungsaufgabe auch wirklich übernommen, jedem vorgeschlagenen neuen Gremium wirklich beigetreten werden muss. Hierzu ist es erforderlich, dass bei allen derartigen Gemeinderats-Anträgen künftig nicht nur der damit verbundene finanzielle, sondern auch der personelle Mehraufwand benannt wird. Im von der Stadtverwaltung vorgelegten und inzwischen gegen die Stimmen der AfD beschlossenen Haushaltsentwurf ist auch für 2017 und 2018 die umfangreiche Schaffung neuer Stellen geplant. Wenn das so weiter geht, werden die jährlichen Personalkosten bis 2021 um 80 Mio. € steigen.

Eine Sanierung des Haushalts – und damit die Sicherung der bestehenden Stellen – wird somit ohne einen Stopp der Schaffung neuer Stellen nicht möglich sein. Wir hatten beantragt, dass in den nächsten beiden Jahren netto keine weiteren neuen Stellen geschaffen werden dürfen, wurden aber von allen anderen Parteien überstimmt. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass unsere Verwaltung schlank, effektiv und an den wahren Bedürfnissen der Bürger ausgerichtet wird.